



15. Januar 2016

CDU

49. Parlaments – Postille



**Sehr geehrte
Damen und Herren,
liebe Freunde,**

uns allen ist bewusst, dass die derzeitigen Flüchtlingszahlen zu hoch sind. Es ist das gemeinsame Ziel von CDU und CSU, dass die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge spürbar reduziert wird.

Die Bundeskanzlerin unternimmt alles, um hier zu einer europäischen Lösung zu kommen. Diese kann nur in gemeinsamer europäischer Solidarität und in enger Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlingsbewegung funktionieren. Auch an einer Vereinbarung mit der Türkei wird gearbeitet. Für diesen Weg braucht Bundeskanzlerin Angela Merkel noch etwas Zeit und vor allem unsere Unterstützung. In den letzten Monaten und Wochen haben wir mit dem ersten Asylpaket harte Gesetzesverschärfungen getroffen und sind jetzt bereits dabei, das zweite Asylpaket zu verhandeln. Damit gehen auch frühzeitigere Abweisungen einher. Die Maßnahmen brauchen Zeit, aber sie wirken. Die Flüchtlinge vom Balkan sind bereits auf ein Minimum reduziert worden. Die Beseitigung von Fehlanreizen, konsequente Rückführung sind bereits umgesetzt. An der Grenze zu Österreich wird streng kontrolliert. Forderungen nach schnellen Lösungen sind dagegen unseriös und würden schnell Enttäuschungen herbeiführen.

Ihre

Ingrid Pahlmann MdB

**Datenaustausch und -vernetzung wird
Asylverfahren vereinfachen**

Mit dem Datenaustauschbesserungsgesetz sollen Asyl- und Schutzsuchende sowie Personen, die unerlaubt nach Deutschland reisen oder unerlaubt bei uns aufhalten früher als bisher registriert werden. Zudem wird der Ankunftsnachweis eingeführt. Hinter dem „integrierten Identitätsmanagement“ verbirgt sich die vollständige Registrierung und Überprüfung aller Ankommenden beim ersten Kontakt mit Behörden. Dieses Verfahren sollte eigentlich bereits dort erfolgen, wo die Menschen erstmals die EU betreten. Doch Griechenland oder Italien sind mit den Massen der Ankommenden überfordert und viele Registrierungen blieben aus. Darum erfolgen die Registrierungen nun bei uns. Dabei werden relevante Informationen zu Person und Herkunft sowie biometrische Daten aufgenommen. Diese Daten können jederzeit auch beim Bundeskriminalamt abgeglichen werden. So können kriminelle Ausländer schneller herausgefiltert werden.

Neben Fingerabdrücken werden künftig auch Informationen über Gesundheitsuntersuchungen und Impfungen gespeichert, um mehrfache Untersuchungen zu vermeiden, die das Verfahren in die Länge ziehen. Bei Asyl- und Schutzsuchenden werden zusätzlich Informationen zu Schul- und Berufsausbildung sowie sonstige Qualifikationen gespeichert, die für schnelle Integration und Arbeitsvermittlung relevant sein können. Zugriff auf diese Daten erhalten alle in das Verfahren involvierte Behörden wie BKA, BAMF, Polizei, Ausländerbehörden, Jugendämter und Sozialgerichte.

Kriminelle Ausländer leichter ausweisen

Die Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht haben in den letzten Tagen zu vielen Diskussionen über das Bleiberecht von kriminellen Ausländern in Deutschland geführt. Bundesinnenminister de Maizière hat am Dienstag Eckpunkte vorgelegt, die eine Verschärfung der Gesetzeslage vorsehen. Ziel ist es, kriminelle Ausländer leichter ausweisen zu können. Zudem soll Asylsuchenden, die eine Straftat begehen, der Flüchtlingsstatus verwehrt oder aberkannt werden. Ein schwerwiegendes Interesse an der Ausweisung soll künftig bereits dann vorliegen, wenn ein Ausländer wegen einer Straftat gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum oder wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte rechtskräftig verurteilt wurde. Liegt eine Verurteilung von mindestens einem Jahr vor, so soll dies sogar ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse begründen. Sexuelle Übergriffe, bei denen der Täter ein Überraschungsmoment oder die Furcht des Opfers vor Gewalt ausnutzt, werden im Rahmen der Verschärfung des Sexualstrafrechts künftig ebenfalls unter Strafe gestellt.

Mehr Klarheit für den Verbraucher bei der Bezeichnung von Lebensmitteln

Anlässlich der Eröffnung der Internationalen Grünen Woche stößt der Antrag der Koalitionsfraktionen eine Reform des Deutschen Lebensmittelbuchs an. Fruchtcreme ohne Früchte, Pfirsich-Maracuja-Saft aus Äpfeln und Orangen – da fühlen Verbraucher sich zurecht in die Irre geführt.

In Lebensmitteln muss enthalten sein, was drauf steht. Da die Verkehrsbezeichnungen und Verarbeitungsverfahren den Ansprüchen und Erwartungen der Verbraucher nicht mehr gerecht werden, sinkt die Akzeptanz für diese in der Bevölkerung seit Jahren stetig. Ein Gutachten zur Reform empfiehlt die Annäherung von Verbraucher- und Herstellervorstellungen in den Leitsätzen, eine straffere Organisation der Lebensmittelbuch-Kommission und eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit. Mit dem Antrag greifen wir die Reformvorschläge des Gutachtens auf.



Qualifizierung von Facharbeitern fördern

Vor 20 Jahren führte die Union das Meister-BAföG ein. Seither hat es sich zu einer absoluten Erfolgsgeschichte entwickelt. Nun gehen wir einen Schritt weiter und bringen das Meister-BAföG auf eine Augenhöhe mit dem BAföG für Studierende. Das ist ein starkes Signal und der Zeit angemessen, denn damit stellen wir eine Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung her. Der OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2015“ hat bestätigt, dass unser Bildungsniveau und unsere berufliche Bildung im internationalen Vergleich überdurchschnittlich gut sind. Die enge Verzahnung zwischen beruflicher Bildung und dem Arbeitsmarkt in der dualen Ausbildung ist eine Erfolgsgeschichte, um die uns andere Länder beneiden. Insbesondere jene, die mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit kämpfen.

Unsere ausgebildeten Facharbeiter wollen wir unterstützen, ihre Aufstiegsmöglichkeiten zu nutzen und entsprechende Aufstiegsfortbildungen in Angriff zu nehmen. Teilzeitphasen oder Freistellungen im Beruf, die dabei möglicherweise nötig werden, sollen nicht abschreckend wirken. Lebensunterhalt und Fortbildungskosten müssen finanzierbar bleiben. Eventuelle Einkommenslücken können durch das Meister-BAföG geschlossen werden. Davon profitieren nicht nur angehende Meister. Die zweitgrößte Gruppe sind die Erzieher.

Das Meister-BaföG gilt künftig auch für Bachelor-Absolventen und sogar für Studienabbrecher, die in eine betriebliche Ausbildung gewechselt sind. Sie können mit bestimmten Qualifikationen ebenfalls davon profitieren. Damit stellen wir zugleich die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung unter Beweis.

Kontakt

Büro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: (030) 22772341
Fax: (030) 22776067

Büro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Tel: (05371) 728035
Fax: (05371) 728036

Büro Peine

Freiligrathstr. 4, 31224 Peine
Tel: (05171) 7902225
Fax:(05171) 7902226



CDU